

Ethik der Marktwirtschaft

von Professor Dr. Dr. Karl Homann, Ludwig-Maximilians-Universität München
(Februar 2006)

Einleitung

Deutschland leidet unter einem eigentümlichen Widerspruch: Die Menschen leben in der Marktwirtschaft und von der Marktwirtschaft, aber mehr als die Hälfte der Bevölkerung lehnt Markt und Wettbewerb laut Umfragen ab. Die Marktwirtschaft gilt als unsolidarisch und moralisch bedenklich. Die letzte Bundestagswahl hat diesen Widerspruch noch einmal eindrucksvoll vor Augen geführt.

In Frage steht vor allem, ob die Marktwirtschaft mit den Moralvorstellungen, in denen die Menschen sozialisiert worden sind, überhaupt verträglich ist, also die Ethik der Marktwirtschaft. Die öffentliche Diskussion wird weitgehend von dem Vorurteil beherrscht, Marktwirtschaft mit Gewinnstreben und Wettbewerb sei unsolidarisch. Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Auffassung flackert zwar gelegentlich auf, entpuppt sich aber seit langen Jahren immer wieder nur als Strohfeuer ohne theoretischen Tiefgang. Eine belastbare und für die Bevölkerung nachvollziehbare Antwort ist bis heute nicht gefunden. Die aber wäre erforderlich, wenn jener "Ruck" durch die Gesellschaft gehen soll, den der frühere Bundespräsident Roman Herzog in seiner berühmten Rede gefordert hatte: Schließlich kann man von niemandem verlangen, die Marktwirtschaft *gegen* tiefe moralische Überzeugungen rückhaltlos zu unterstützen.

Menschen erwarten von ihren Führungseliten *Wohlstand* und *Sinn*, und beides ist vielfach ineinander verweben. Niemand ist bereit, für geistige Orientierung und Sinn systematisch auf Wohlstand zu verzichten; niemand wird aber umgekehrt ein erfülltes Leben führen können, wenn es ihm materiell gut geht, er aber ohne Sinnerfahrung nur von einem Vergnügen ins nächste taumelt.

Die Blockade der unumgänglichen Reformen hat im Letzten geistig-moralische Ursachen. Die notwendigen Reformprozesse sind *moralisch blockiert*. Wir fahren die Marktwirtschaft mit angezogener Handbremse.

Nun sollte man die moralischen Bedenken nicht einfach mit leichter Hand abtun: Das würde bei den Menschen den Widerstand nur verstärken. Man sollte die moralischen Probleme mit der Marktwirtschaft ernst nehmen und die Menschen mit belastbaren Argumenten von der sittlichen Qualität der Marktwirtschaft überzeugen.

Einen derartigen Versuch stellt dieser Beitrag dar. Im 1. Kapitel sollen die diffusen Vorbehalte gegen die Marktwirtschaft gedanklich geordnet werden. Im 2. Kapitel wird – unter Bezugnahme auf die Vorbehalte – die sittliche Qualität der Marktwirtschaft herausgearbeitet werden. Das 3. Kapitel setzt sich mit Verteidigungen der Marktwirtschaft auseinander, die insofern kontraproduktiv sind, als sie die Vorbehalte der Kritiker eher bestärken als entkräften. Das 4. Kapitel schließlich zeigt, wie Länder mit marktwirtschaftlichen Ordnungen gegen grundlegende Prinzi-

pien der Marktwirtschaft verstoßen und dadurch die Glaubwürdigkeit auch der Theorie untergraben.

Die Überlegungen sind geleitet von dem Gedanken: Ideas matter. Ideen, also Vorstellungen darüber, wie die Welt funktioniert und wie sie funktionieren sollte, haben einen unmittelbaren Einfluss auf das Handeln der Menschen. Mit falschen Theorien im Kopf wird das Handeln systematisch fehlgeleitet. Was für Technik und Medizin unbestritten ist, gilt auch für Fragen von Moral und Ethik. Aufklärung und Bildung in diesem Feld tun not. Der Gedanke ist alles andere als neu: "Ich sehe die Zeit kommen, da selbst die Freiheit, der Friede des Staates und die soziale Ordnung die Bildung nicht mehr werden entbehren können." (Alexis de Tocqueville, 1835)

1. Die Kritik an der Marktwirtschaft

Versucht man, die diffusen Vorbehalte gegen die Marktwirtschaft gedanklich zu ordnen, lassen sich fünf Klassen von Bedenken unterscheiden: moralische, gesellschaftliche, politische, theoretische und empirische. Sie seien im Folgenden erläutert.

a) Moralische Bedenken

Vielfach wird argumentiert, die Marktwirtschaft fördere Egoismus anstelle von Solidarität, Gewinnstreben, Profitgier, Maßlosigkeit, Materialismus und "niedere" Präferenzen. Dies alles zielt auf die Haltung, den Habitus, der Akteure. Traditionelle Tugenden wie Gerechtigkeit, Maß, Nächstenliebe sowie die Ausbildung der "höheren", der geistigen Fähigkeiten blieben auf der Strecke. Vor allem der Wettbewerb, verstanden als "Kampf aller gegen alle", sei für die Erosion von Nächstenliebe, Altruismus und Solidarität verantwortlich. Schließlich lege die Marktwirtschaft ein pessimistisches Menschenbild zugrunde, das empirisch falsch und ethisch ruinös sei.

Ein zweites Argument dieser Klasse von Bedenken, das ebenfalls weit verbreitet ist, zielt auf die Verteilungsergebnisse des Marktes, die "ungerecht" und "unsozial" seien. Die Schere zwischen Reich und Arm öffne sich national und international immer weiter, ist zu hören.

b) Gesellschaftliche Bedenken

Blickt man auf die gesellschaftlichen Effekte der von der Marktwirtschaft geforderten und geförderten Haltungen, dann lassen sich folgende kritische Argumente ausmachen.

Markt und Wettbewerb führten zu einer "Ellbogengesellschaft", in der die Starken die Oberhand haben und die Schwachen auf der Strecke bleiben: "Sozial-Darwinismus" lautet das Stichwort. Es breite sich "soziale Kälte" aus, es werde der Individualismus des "Jeder-ist-sich-selbst-der-Nächste" gefördert, der Materialismus greife um sich, und es komme zu einer zunehmenden "Ökonomisierung aller Lebensbereiche", der selbst Kultur, Bildung, Erziehung und Gesundheit unterworfen würden.

In anderen Kategorien und etwas anders akzentuiert lautet die Kritik so: Markt und Wettbewerb gewährten nur eine formale Freiheit der Wahl, aber keine materielle Freiheit, so dass das Argument, die Marktwirtschaft sei – gegen die Zentralverwaltungswirtschaft des früheren Sozialismus – das "System der Freiheit", eigentümlich hohl und für Arme, Schwache, Arbeitslose etc. ohne jede Plausibilität bleibe.

c) Theoretische Bedenken

Seit Entstehen der Marktwirtschaft wird sie von der Kritik begleitet, die Vielfalt und Gegensätzlichkeit der Privatinteressen könne niemals zu einer stabilen Ordnung führen, sondern nur ins Chaos. Es sei naiv, mit A. Smith an die Metaphysik der "unsichtbaren Hand" zu glauben, die eine solche verlässliche Ordnung quasi automatisch herstellen würde. Das Gemeinwohl werde vielmehr in den Widersprüchlichkeiten eines Systems von Privatinteressen zerrieben.

Bestätigt werde diese Kritik durch mikrotheoretische Analysen zum "Marktversagen": Bei öffentlichen Gütern, wie z.B. Rechtssicherheit, und bei externen Effekten, wie z.B. Umweltverschmutzung, seien Marktlösungen unmöglich; hier müsse daher der Staat eingreifen, das politische System also.

d) Politische Bedenken

Bei dieser Klasse von Argumenten steht im Zentrum der Gedanke, dass der Faktor Kapital Macht nicht nur über den Faktor Arbeit, sondern zunehmend auch über die Politik gewinne bzw. bereits gewonnen habe, und zwar national und international.

Aktuelle Front in der Globalisierungsdebatte ist nach dieser Auffassung, dass multinationale Unternehmen bei Standortentscheidungen Staaten gegeneinander ausspielen und dass die Finanzmärkte die nach Meinung der Investoren schlechte Wirtschaftspolitik ganzer Länder abstrafen würden. Dies sei besonders bedenklich für demokratische politische Ordnungen: Schließlich sollten die Bürger selbst – über die Prozesse der demokratischen Willensbildung – über die Wirtschaftspolitik bestimmen und nicht das Kapital. So werde die Demokratie untergraben: Auf diese Formel lässt sich die Kritik zuspitzen.

e) Empirische Bedenken

Schließlich lassen sich – wie gegen sämtliche Soll-Vorschriften – empirisch fundierte Bedenken vorbringen: Die Marktwirtschaften würden auch in den Industrienationen, die sich als Marktwirtschaften präsentieren, grundlegende soziale Probleme ungelöst vor sich her schieben. Vor allem aber hielten sich die Marktwirtschaften des Westens selbst keineswegs an die marktwirtschaftlichen Prinzipien, deren Einhaltung sie in internationalen Verhandlungen von den Entwicklungsländern einforderten, sie würden vielmehr recht ungeniert und offen Protektionismus betreiben. Selbst wenn man zu vermeiden sucht, ein Modell unmittelbar mit der Wirklichkeit zu vergleichen, wobei die Wirklichkeit immer defizitär erscheinen muss, wird man solche Bedenken sehr ernst nehmen müssen, weil sie die Glaubwürdigkeit der (Protagonisten der) Marktwirtschaft untergraben.

Diese hier aufgelisteten Bedenken gegen die Marktwirtschaft sind sämtlich *normativ, moralisch fundiert* – oder haben, wie die theoretischen Bedenken, zumindest normative Implikationen. Da gilt: Ideas matter, kommen wir, sollen ein Ruck durch die Gesellschaft gehen und die Herausforderungen der Globalisierung gemeistert werden, an einem Diskurs über die Ethik der Marktwirtschaft nicht vorbei. Bislang jedenfalls ruft jeder Reformvorschlag moralische Bedenken i.w.S. hervor, was sich politisch in Form einer Verwässerung der Reformen niederschlägt, wodurch nicht selten genau das Gegenteil des ursprünglichen Vorschlags bewirkt wird. Eine Verständigung über die Sittlichkeit der Marktwirtschaft ist daher *von essentieller Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft*.

2. Das ethische Programm der Marktwirtschaft

Da die Kritik an der Marktwirtschaft im Wesentlichen normativ begründet ist, geht es im Folgenden darum, (a) das ethische Programm der Marktwirtschaft herauszuarbeiten und (b) die Kritik zurückzuweisen (Metakritik).

Als normativer Maßstab soll dabei genau jener Maßstab dienen, den auch die Kritiker in Anspruch nehmen: *Freiheit als Chance zur Selbstverwirklichung aller Einzelnen und die Solidarität aller Menschen*. Diese sind als das Erbe der abendländisch-christlichen Ethik zu betrachten. Kritik und Metakritik stützen sich damit nicht auf unterschiedliche Werte, sondern auf dieselbe normative Grundlage, so dass die Diskussion nicht über verschiedene normative Ziele geht, sondern über die geeigneten Mittel, das gemeinsame Ziel der Freiheit und der Solidarität aller Menschen zu erreichen. Diese Frage ist mit Mitteln der positiven Wissenschaft beantwortbar.

Natürlich stellt die Ethik für die moderne Marktwirtschaft andere Handlungspostulate auf als die vormarktwirtschaftliche Ethik, z.B. die Forderung, Wettbewerb sogar bis zum wirtschaftlichen Ruin von Konkurrenten zu treiben, sich von der Gewinn- bzw. Vorteilsmaximierung leiten zu lassen, was die vormoderne Ethik als Raffgier, griech. Pleonexia, gebrandmarkt hatte, und dgl. mehr. Handlungsempfehlungen aber resultieren immer aus zwei Prämissen, aus einem normativen Ideal und aus den Bedingungen, unter denen dieses Ideal realisiert werden muss. Da das Ideal, die Freiheit und Solidarität aller Menschen, in Kritik und Metakritik programmatisch identisch bleibt, müssen die unterschiedlichen Handlungsempfehlungen auf die unterschiedlichen Bedingungen zurückgeführt werden, unter denen dieses Ideal verwirklicht werden muss. Dieser Gedanke führt zu der leitenden, im Folgenden zu begründenden *These, dass die Marktwirtschaft mit Vorteils-/Gewinnstreben und Wettbewerb unter den Bedingungen der modernen Welt das beste bisher bekannte Instrument zur Verwirklichung von Freiheit und Solidarität aller Menschen ist*.

Es sind diese Bedingungen der modernen Welt, die den Vater der Ökonomik A. Smith, der bekanntlich Professor für Logik und Moralphilosophie war und 1759 die "Theorie der ethischen Gefühle" veröffentlicht hatte, in dem 1776 erschienenen Buch "Wohlstand der Nationen" zu einem neuen Paradigma für eine moderne Ethik der Marktwirtschaft geführt haben.

a) Die Ethik der Marktwirtschaft

Die überkommene Ethik des Abendlandes ist in ihren Grundbegriffen vor dem Hintergrund vormoderner Gesellschaften entstanden. Sie war eine Ethik für kleine, überschaubare Gruppen und für eine Gesellschaft, in der es kein nennenswertes Wirtschaftswachstum gab, die sich also im Nullsummenparadigma beschreiben lässt. Die Ethik des "Maßes", die sittliche Verurteilung von Raffgier (Pleonexia) und Kapitalbildung (Chrematistik), Zinsverbot und dgl. mehr waren auf diese vormoderne Gesellschaft bezogen und hier auch plausibel, weil funktional. Zu ungleiche Vermögensverhältnisse beruhten in dieser Nullsummengesellschaft auf Ausbeutung anderer und nicht auf besserer Ressourcennutzung, so dass das relative Gleichheitspostulat nötig war, um gesellschaftliche Konflikte möglichst zu vermeiden, sie jedenfalls nicht ruinös werden zu lassen.

Demgegenüber betritt die moderne Gesellschaft mit Marktwirtschaft als Wachstumsgesellschaft die Bühne der Weltgeschichte: Durch Gewinnstreben und Kapitalbildung bei den "Reichen" kann

jetzt auch die Lage der "Armen" verbessert werden. Die moderne Gesellschaft spielt Nichtnullsummenspiele.

Außerdem befinden wir uns, wie der Unterschied zwischen den beiden Büchern von A. Smith deutlich werden lässt, nicht mehr in den überschaubaren Kleingruppen der Familie, der Freundschaft, des Dorfes, sondern in der anonymen Großgesellschaft mit tiefer Arbeitsteilung, langen Produktionswegen und zunehmender Mobilität der Einzelnen, die sich jetzt ohne große Kosten der unmittelbaren Kontrolle durch ihre Umwelt und deren informellen Sanktionen entziehen können. Es bildet sich das Funktionssystem Wirtschaft mit eigenen Gesetzmäßigkeiten heraus, das sich zunehmend der direkten Steuerung von außen, durch das politische System, traditionell also den Staat, entzieht und gerade dadurch ökonomisch so leistungsfähig wird. Politische Durchgriffe in die Wirtschaft sind heute nur um den Preis der Ineffizienz zu haben, die in aller Regel zuerst und am stärksten die "Armen" trifft. Die Frage für den Moralphilosophen A. Smith war, wie sich unter diesen gegenüber der Vormoderne grundlegend veränderten Bedingungen die Freiheit und die Solidarität aller Menschen verwirklichen lässt. Hier gibt er eine innovative Antwort von welthistorischer Bedeutung, eine Antwort, die sich allerdings, wie die weit verbreitete normative Kritik an der Marktwirtschaft zeigt, in unserem ethischen Selbstverständnis bis heute nicht durchgesetzt hat.

Eine Ethik der Marktwirtschaft muss zwei Ebenen des Handelns unterscheiden: *Handlungen und Handlungsbedingungen*, in der Sprache des Sports: *Spielzüge und Spielregeln*. Da unter den Bedingungen des Wettbewerbs moralisch motivierte Vor- und Mehrleistungen Einzelner, sofern sie zu Kostenerhöhungen führen, von der weniger moralischen Konkurrenz ausgebeutet werden können, kann sich der einzelne Akteur moralisch verhalten nur unter der Bedingung, dass seine Konkurrenten denselben Moralstandards unterworfen werden. Das bedeutet, dass Moral in allgemein verbindliche, also auch die Konkurrenten bindende, Regeln inkorporiert werden muss, weil sie nur so ausbeutungsresistent praktiziert werden kann.

Für das Regelsystem und seine Durchsetzung ist der "Staat", allgemeiner: das politische System, zuständig, während das wirtschaftliche Handeln im Wettbewerb allein Sache der Akteure auf dem Markt ist – ganz wie Fußball, wo die Fifa die Regeln setzt und Schiedsrichter mit deren Durchsetzung beauftragt, während die Spielzüge, das Spiel also, allein von den Mannschaften und deren Spielern durchgeführt werden.

Das bedeutet nicht, dass individuelle Moral – "Tugend", wenn man so will - überflüssig wäre. Im Gegenteil: In einer Welt beschränkten Wissens und dynamischer Entwicklungen können nicht alle Probleme durch gesetzliche Bestimmungen ex ante geregelt werden, so dass hier die individuelle Moral eine unverzichtbare Aufgabe zu übernehmen hat; dies schließt auch die Rolle des Chefs als "Vorbild" für die Mitarbeiter ein. Allerdings bedarf die Moral der Einzelnen der nachhaltigen Stützung durch die Rahmenordnung, da sie sonst durch weniger moralische Konkurrenten ausgebeutet werden kann.

Das Verhältnis von Ordnungsmoral und Handlungsmoral lässt sich daher so bestimmen: Da keine Ethik vom Einzelnen verlangen kann, dass er dauerhaft und systematisch gegen seine Interessen handelt, kann es individuelle Moral nur unter zwei Bedingungen geben: Entweder muss sie durch ein entsprechendes Regelsystem vor Ausbeutung im Wettbewerb geschützt werden, also durch eine geeignete Rahmenordnung gestützt sein, oder das moralische Verhalten selbst muss den Akteuren Vorteile im Wettbewerb bringen. Anders formuliert: Unter den Bedingungen moderner Gesellschaften mit Marktwirtschaft kann Moral im Normalbetrieb nur dann praktiziert werden, wenn sie in die Rahmenordnung inkorporiert ist oder dem moralischen Akteur

ökonomische Vorteile bringt. Dabei umfasst die "Rahmenordnung" all jene Regeln und Bestimmungen, die als Ordnungsvorgaben politisch gestaltet werden können: Verfassung, Eigentumsrechte, Vertrags- und Gesellschaftsrecht, die gesamte Wirtschaftsordnung bis hin zu den Grundzügen von Steuerrecht, Arbeits- und Tarifrecht, Umweltrecht.

Die Moral, inhaltlich also die Freiheit und Solidarität aller Menschen als Prinzipien der Moral, wird durch ein sanktionsbewehrtes System von Regeln ermöglicht, das dafür sorgt, dass derjenige Nachteile zu erwarten hat, der moralische Erwartungen anderer nicht erfüllt. Positiv formuliert: dass nur derjenige selbst Vorteile erzielt, der seinen Mitmenschen etwas zu bieten hat, was diese wünschen und wofür sie Zahlungsbereitschaft entwickeln. Die Solidarität aller Menschen wird in der modernen Marktwirtschaft grundlegend nicht durch tugendhaftes Handeln der Einzelnen und ihre moralischen, solidarischen Motive gewährleistet, sondern durch eine geeignete Rahmenordnung. Deren Aufgabe ist es nicht, das Eigeninteresse der Akteure zu bändigen oder zu eliminieren, sondern das Eigeninteresse in jene Richtung zu lenken, die auch den Mitmenschen Vorteile bringt. Nicht Domestizierung des Eigeninteresses ist das ethische Programm, sondern die Stärkung, Entfesselung des Eigeninteresses unter einer geeigneten Rahmenordnung, weil dadurch den Interessen der Mitmenschen, der Solidarität aller, am besten, am effizientesten gedient ist. Das individuelle Vorteilsstreben mag durchaus eine biologische Grundlage haben, seine ethische Rechtfertigung findet es aber allein dadurch, dass es Ausdruck individueller Freiheit und Motor der Solidarität aller ist.

Einige Implikationen dieses entschieden ethischen Programms der Marktwirtschaft sollen aufgezeigt werden.

1. Moral hängt in der Marktwirtschaft nicht von moralischen Motiven, dem "guten Willen", ab, sondern grundlegend von der geeigneten Rahmenordnung. Der Wohlstand aller ist nicht im Wohlwollen der Akteure begründet.
2. Unmittelbar handlungsleitendes Motiv ist und bleibt das Eigeninteresse.
3. Moralisch empörende Zustände in der Welt haben ihren Grund nicht im Eigeninteresse, in der Profitgier, im Egoismus (der Unternehmen), sondern in fehlerhaften, defizitären Rahmenordnungen oder im Fehlen von Rahmenordnungen überhaupt.
4. Korrekturen solcher unmoralischer Zustände können nicht über Appelle an die Einzelnen – und die spiegelbildlichen Schuldzuweisungen bei Nichtbefolgen – erfolgen, sondern nur durch eine Änderung der Rahmenordnung.
5. Moral muss – generell unter den Bedingungen moderner, funktional differenzierter Gesellschaften – *in* und *mit* der ökonomischen Logik durchgesetzt werden und *nicht etwa gegen* sie: Moral wird nur in der Anreizlogik der Ökonomik wirksam oder gar nicht.
6. Das erfordert eine Neueinschätzung des individuellen Vorteilsstrebens. Dieses ist nicht als solches unsittlich: Weder die Goldene Regel noch das christliche Liebesgebot noch der kategorische Imperativ Kants verurteilen das individuelle Vorteilsstreben als solches. Die Demarkationslinie zwischen unsittlichem und sittlichem Handeln ist vielmehr zwischen einem Vorteilsstreben auf Kosten anderer und einem Vorteilsstreben, das auch den Anderen Vorteile bringt, zu ziehen. Dabei fallen diese Vorteile für die anderen in der Marktwirtschaft nicht als "milde Gaben" an, sondern in Form guter, preiswerter, innovativer Produkte und Dienstleistungen über den normalen Marktprozess.

7. Markt und Wettbewerb, Privateigentum und Gewinnstreben finden ihre ethische Rechtfertigung allein in den wohltätigen Systemwirkungen, die von ihnen auf alle Menschen ausgehen. Sie sind – unter Voraussetzung einer geeigneten Rahmenordnung – die effizientesten Mittel zur Realisierung der Freiheit und der Solidarität aller Menschen, die bisher bekannt sind.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass alle empirischen Marktwirtschaften z.T. weit hinter dieser Konzeption zurückbleiben. Das aber ist kein Grund, die Marktwirtschaft mit ihren Konnex-Instituten Wettbewerb, Privateigentum, Gewinnstreben, Nutzenmaximierung etc. abzulehnen oder auch nur einzuschränken. Die ethische Devise geht vielmehr in die entgegengesetzte Richtung: Verbesserung, Vollendung der Marktwirtschaft zum Wohl aller. Kurz: Ethik verlangt nicht weniger Markt, sondern mehr Markt, einen besseren Markt.

Das liegt nicht in einer historisch entstandenen "Umwertung aller Werte" begründet, vielmehr in der Notwendigkeit, die alten Prinzipien der Freiheit und Solidarität aller Menschen, die uneingeschränkt gültig bleiben, unter den spezifischen Bedingungen der modernen Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

b) Metakritik

Das in den Grundzügen entwickelte ethische Programm der Marktwirtschaft erlaubt es jetzt, wichtige Argumente der Kritik an der Marktwirtschaft - vgl. Abschnitt 1 - zurückzuweisen und dabei das Verständnis der Marktwirtschaft, das der Argumentation zugrunde liegt, weiter zu profilieren.

1. Das Verfolgen von unterschiedlichen, teils antagonistischen Privatinteressen führt, wie auch axiomatisch nachgewiesen werden konnte (Arrow, Debreu), nicht mit logischer Notwendigkeit ins Chaos. Aber es führt auch nicht automatisch zum "Wohlstand der Nationen", zum Gemeinwohl. Damit der "Wohlstand" in diesem weiten Sinne hervorgebracht wird, bedarf es einer geeigneten Rahmenordnung. Die "unsichtbare Hand" des A. Smith setzt die "sichtbare Hand" der politisch gestalteten Ordnung voraus. Die hier immer in Anspruch genommene Rahmenordnung ist kein Faktum, sondern eine Gestaltungsaufgabe. Man muss – in der Sprache des Nobelpreisträgers J.M. Buchanan – streng zwischen choices among rules und choices within rules unterscheiden: Die choices among rules haben die Aufgabe, die Ordnung so zu entwickeln, dass die choices within rules möglichst automatisch Wohlstand für alle hervorbringen. Der legitime Ort der "unsichtbaren Hand" des A. Smith sind die choices within rules, sie setzen eine Rahmenordnung voraus. Von einem blinden Vertrauen in einen Automatismus der Märkte, von einer "Metaphysik des Marktes", kann keine Rede sein.
2. Diese Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft wird in einer Demokratie letztlich von den Betroffenen, also den Bürgern selbst, gesetzt. Sie bedienen sich dabei allerdings Beauftragter, die sich auf die Tätigkeit des Regelsetzens (und des Regierens) spezialisiert haben, also der "Politiker" i.w.S. Damit tragen Politiker eine besondere Verantwortung für das Gemeinwesen. Außerdem unterliegen sie vielfältigen Kontrollen, die sicherstellen sollen, dass sie dem Wohl der Bürger, der Freiheit und Solidarität aller, dienen, angefangen bei verfassungsmäßigen Beschränkungen und Gewaltenteilung über Wahlen und parlamentarische Opposition bis zur öffentlichen Kritik, bei der den Medien besondere Verantwortung zukommt.

3. Markt und Wettbewerb zerstören nicht die Solidarität aller, sie sind vielmehr besonders effiziente Mittel, die Solidarität aller unter den Bedingungen moderner, anonymer Großgesellschaften auf breiter Front – und trotz einer enorm gewachsenen Bevölkerung – zu realisieren. Markt und Wettbewerb sind ebenso wenig Selbstzweck wie Kapitalbildung und Gewinnstreben, sie sind Mittel zur Verwirklichung des Wohlstands aller. "Wettbewerb ist Mittel, aber nicht letzter Zweck", heißt es im programmatischen Vorwort zum ersten Band des Jahrbuchs "Ordo" von 1948. Auch das Privateigentum findet seine ethische Rechtfertigung nicht im Nutzen für den Eigentümer, sondern im Nutzen für die Nicht-Eigentümer, und dieser Nutzen wird über den normalen Austauschprozess auf den Märkten generiert. Analoges gilt für Gewinnstreben und Shareholder Value.
4. Die Marktwirtschaft ist im Ergebnis auch kein System des Egoismus. Allerdings bildet die Verfolgung des Eigeninteresses – sc. unter einer Rahmenordnung – den Motor für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und Wachstum. Es ist darauf zu achten, dass das Eigeninteresse nicht als solches schon ethisch diskreditiert wird, was auch die Ethik-Tradition nicht tut. Das Eigeninteresse ist vielmehr als Motor für das Wohlergehen breiter Bevölkerungskreise zu betrachten und daher mindestens als sittlich neutral, unter Bedingungen moderner Marktwirtschaften mit geeigneter Rahmenordnung sogar als sittliches Instrument einzustufen.
5. Der Marktwirtschaft liegt auch kein pessimistisches Menschenbild zugrunde, das nach Meinung der Kritiker allen Grund zu einem Kulturpessimismus liefert. Zum einen ist der auf seinen individuellen Vorteil allein zielende Homo oeconomicus kein "Menschenbild", sondern ein theoretisches Konstrukt, das eine zuverlässige Prognose des Verhaltens in jenen Situationen erlaubt, in denen kostenträchtige moralische Vor- und Mehrleistungen von der weniger moralischen Konkurrenz ausgebeutet werden können: Dagegen kann sich der Einzelne nur durch präventive Gegenausbeutung wehren, d.h. streng auf seinen Vorteil achten. Zum anderen ist die Marktwirtschaft mit Wettbewerb von der Auffassung getragen, dass es möglich ist, auf der Grundlage von so ungünstigen Voraussetzungen dennoch eine Ordnung der Freiheit und Solidarität aller Menschen zu errichten. Der Ausgang von dem (vermeintlich) ungünstigen Eigeninteresse stellt einen methodischen Kunstgriff dar, der die Möglichkeit einer Ordnung und Leistungsfähigkeit der Ordnung in besonders hellem Licht erscheinen lässt. Die Konzeption ist also von einem ganz starken Optimismus getragen.
6. Wenn das unmittelbar handlungsleitende Motiv im Wettbewerb die Verfolgung des Eigeninteresses ist und bleibt, darf man darin nicht einen Charakterfehler oder einen Verfall der Moral sehen. Die Moral in der Marktwirtschaft liegt nicht in moralischen oder altruistischen Motiven, sondern fußt auf den Ergebnissen des marktwirtschaftlichen Prozesses: Der Wohlstand aller hängt nicht vom Wohlwollen der Akteure ab, sondern von der Rahmenordnung, die mit Hilfe des Eigeninteresses die allseits gewünschten Ergebnisse hervorbringt. So betrachtet, blicken die Kritiker der Marktwirtschaft nur auf die Handlungen der Marktteilnehmer und ihre unmittelbaren Handlungsmotive, also auf die Spielzüge, übersehen aber den Zusammenhang, in den die Handlungen in einer guten Rahmenordnung eingebettet sind und der erst die sittliche Qualität der Marktwirtschaft begründet.
7. Marktwirtschaft fördert auch nicht den Materialismus. Vielmehr versteht man in der modernen Ökonomik unter "Vorteilen" alles, was die Menschen selbst als Vorteile ansehen, also Einkommen und Vermögen ebenso wie Gesundheit, Muße, ein gutes, ein gelingendes Leben in Gemeinschaft mit anderen und dgl. mehr. Moderne Ökonomik hat systematisch mit "Geld" nichts zu tun, sondern mit "Vorteilen" in diesem weiten Sinn.

8. Es ist richtig, dass Markt und Wettbewerb den Einzelnen permanent viel abverlangen. J.A. Schumpeter kennzeichnet die Marktwirtschaft als "Prozess der schöpferischen Zerstörung". Über Nacht gewissermaßen werden ganze Kapitalbestände entwertet, wenn jemand anderes bessere Produkte oder Produktionsverfahren erfindet. Es gibt in Marktwirtschaften keinen Bestandsschutz für den Status quo. Doch gerade dieses stressige System produziert über Jahre oder Jahrzehnte hinweg ein hohes allgemeines Wohlstandsniveau. Der Wettbewerb spielt die entscheidende Rolle: Er sorgt für Preissenkungen und Qualitätssteigerungen, für Innovationen, er zwingt die Konkurrenten, Innovationen anderer schnell zu übernehmen, und er sorgt für die permanente Bedrohung von Machtpositionen, die im Marktprozess immer wieder entstehen.
9. Es ist richtig, dass die Marktwirtschaft eine ungleiche Verteilung der Ergebnisse hervorbringt. Doch diese ist nur in einer stationären Wirtschaft ohne Wachstum, die sich im Nullsummenparadigma beschreiben lässt, ein moralisches Übel, weil sie hier Konflikte schafft und verschärft. Eine Wachstumsgesellschaft spielt demgegenüber Nicht-Nullsummenspiele, so dass durch den Reichtum einiger, z.B. innovativer Unternehmer, auch die Armen gewinnen können – in Form von guten und preiswerten Produkten, Arbeitsplätzen und Einkommen, steuerfinanzierten öffentlichen Gütern usw. Gleichheit ist kein Wert an sich, und moderne Gesellschaften ziehen den größten Teil ihres "Reichtums" aus Ungleichheiten: in Begabung, Anlagen, Fertigkeiten, Ideen, Kulturen etc. Gleichheit ist ein Kulturprodukt, das höchst künstlich geschaffen und nur höchst selektiv eingesetzt wird, etwa als Gleichheit vor dem Gesetz oder in Form des gleichen Stimmrechts in demokratischen Wahlen.

Allerdings findet die Ungleichheit ihre ethische Rechtfertigung erneut nicht als vermeintliche "Natur-Tatsache", sondern in dem Nutzen, den die Allgemeinheit aus der Ungleichheit der Menschen zieht (L. von Mises, J. Rawls). Es ist den verschiedenen Gesellschaften zu überlassen, selbst zu bestimmen, an welcher Stelle sie wie viel Gleichheit wollen – im klaren Bewusstsein, dass sie bei zuviel Gleichheit bzw. Gleichheit an der falschen Stelle mit ökonomischen Nachteilen bezahlen müssen, u.U. bis zum Zusammenbruch eines ganzen Systems (Sozialismus).

10. Es ist nicht richtig, dass Markt und Wettbewerb den Individualismus fördern und die Solidarität zerstören. Richtig ist, dass die Solidarität mit den Mitmenschen nicht mehr in den Motiven, Gesinnungen, Intentionen der Akteure im Markt liegt, sondern in der institutionell gestifteten Verbundenheit. Aufgrund der Strukturen moderner anonymer Großgesellschaften mit Funktionssystemen kann die Solidarität aller nicht mehr motivational und intentional garantiert werden, schon deswegen nicht, weil niemand alle kennen kann, die aus seinem Handeln Vorteile ziehen können. Moderne Gesellschaften sind intentional entkoppelt und institutionell verknüpft (A. Suchanek). Der Einzelne ist heute mit viel mehr Menschen institutionell verknüpft, als das in den überschaubaren Kleingruppen der Vormoderne der Fall war. Die Forderung nach Restituierung der motivationalen, intentionalen Verknüpfung kommt der Forderung nach einem Regress in die Kleingruppengesellschaft gleich.
11. Manche Produkte sind, so die Kritik, nicht über Märkte anzubieten, weil sie öffentliche Güter darstellen; man spricht von Marktversagen und sieht darin eine Begründung dafür, diese Güter dem Marktprozess zu entziehen. Doch auch hier ist der Antagonismus von Markt und Staat vom Übel. Wir haben gelernt, dass aufgrund technischer und sozialer Innovationen viele ehemals öffentliche Güter heute auch über den Markt angeboten werden können – als jüngstes Beispiel die LKW-Maut –, was wegen der höheren Effizienz den Bürgern zugute kommt. Darüber hinaus ist staatliche Tätigkeit kein Gegensatz zum Marktprozess, sondern dessen Voraussetzung. Es geht auch hier darum, Markt und Staat in ein produktives Ver-

hältnis zu setzen, was bedeutet, dass der Staat seine letzte Bestimmung darin hat, den Bürgern eine Ordnung zu geben – choices among rules –, innerhalb derer diese Bürger ihre individuellen Vorstellungen anreizkompatibel am ehesten verwirklichen können – choices within rules.

12. Da es außer Marktversagen auch Staatsversagen gibt, wie uns die Public-Choice-Theorie der letzten Jahrzehnte eindrucksvoll gezeigt hat – und was die Bürger intuitiv schon immer gewusst haben –, ist eine Kontrolle der Politik dringend erforderlich. Neben demokratischen Wahlen, kritischer Öffentlichkeit und Überprüfung durch die Justiz ist auch die Kontrolle der Politik durch die Kapitalmärkte außerordentlich wünschenswert. "Demokratie" kann nicht die Lizenz für die Politiker bedeuten, auf Kosten der (noch nicht geborenen) Bürger ökonomischen Unsinn zu machen. Im Übrigen zeigen uns soziologische Analysen zu den Strukturen moderner Gesellschaften, dass die Steuerungsmöglichkeiten des politischen Systems (der Nationalstaaten) durchaus begrenzt sind. Politik ist nicht ohne Einfluss auf die Wirtschaft, aber einen guten, der Freiheit und der Solidarität aller dienenden Einfluss hat die Politik auf die Wirtschaft nur dann, wenn sie die Eigengesetzlichkeiten der Wirtschaft ernst nimmt und in Rechnung stellt und nicht versucht, diese zu bekämpfen.

Man kann *zusammenfassen*: Die Marktwirtschaft als solche hat eine sittliche Qualität, weil sie unter den Bedingungen moderner Gesellschaften das beste bisher bekannte Mittel zur Verwirklichung der Freiheit und der Solidarität aller Menschen ist. Trotz der z.T. völlig anderen Handlungsempfehlungen bleibt sie mit den Prinzipien der abendländisch-christlichen Ethik-Tradition in voller Übereinstimmung. Sie ist gewissermaßen die *institutionalisierte Solidarität oder Nächstenliebe, insofern in der Marktwirtschaft mit geeigneter Rahmenordnung nur der individuelle Vorteile erzielen kann, der seinen Mitmenschen etwas zu bieten hat, was diese wünschen*.

Protagonisten und Kritiker der Marktwirtschaft vertreten also keine unterschiedlichen Werte. Sie fußen vielmehr auf denselben normativen Grundlagen. Die Differenz liegt allein in der unterschiedlichen Sicht der Bedingungen und Mechanismen, unter denen bzw. mit Hilfe derer diese Prinzipien realisiert werden können.

3. Falsche Argumente zur Rechtfertigung der Marktwirtschaft

Nachdem das ethische Programm der Marktwirtschaft dargestellt und die Missverständnisse und Vorurteile der Kritiker zurückgewiesen worden sind, geht es im Folgenden darum, Argumente zu prüfen, die die *Verteidiger* der Marktwirtschaft zu ihrer ethischen Rechtfertigung anführen. Es wird sich zeigen, dass eine Reihe von zentralen Argumenten, die die Marktwirtschaft rechtfertigen sollen, mit Kategorien und Denkmustern arbeiten, die eher die Kritiker der Marktwirtschaft bestätigen. Eine konsistente, belastbare und den Menschen verständliche ethische Rechtfertigung der Marktwirtschaft zu entwickeln, ist sicher so lange nicht möglich, wie die Verteidiger der Marktwirtschaft fortgesetzt Eigentore fabrizieren.

a) Das Verständnis des Sozialen in der Sozialen Marktwirtschaft

Bislang wurde das ethische Programm der Marktwirtschaft als solcher dargestellt; von der Sozialen Marktwirtschaft, als die die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet wird, war noch gar nicht die Rede. Das ist jetzt nachzuholen, und hier findet sich eines der schwerwiegendsten Missverständnisse zur ethischen Qualität der Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft wird in Deutschland durchweg mit dem Argument gerechtfertigt, dass erst der Zusatz des "Sozialen" die Marktwirtschaft ethisch akzeptabel mache. Sozialer Sicherung und Umverteilung wird die Funktion zugeschrieben, die Wunden zu heilen, die Markt und Wettbewerb schlagen. Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat gelten als ethisch geforderte Korrektur der Marktergebnisse: *Sozialpolitik gegen den Markt*. Diese Sicht des "Sozialen" in der Sozialen Marktwirtschaft erklärt sich z.T. aus der Entstehung der sozialen Sicherungssysteme als Antwort auf die "soziale Frage" im 19. Jahrhundert und bildete die Grundlage für die Kritik am angeblichen Neoliberalismus des CDU-Wahlprogramms 2005.

Dieses Muster der Rechtfertigung der deutschen Wirtschaftsordnung weist zwei gravierende Probleme auf, ein theoretisches und ein politisches.

Wer so argumentiert, behauptet implizit, dass die Marktwirtschaft als solche unsittlich ist und deshalb der Korrektur bedarf. Damit wird die ethische Auffassung der Kritiker in vollem Umfang bestätigt. Wir leben in Deutschland *in* und *von* der Marktwirtschaft, aber in unseren moralischen Hintergrund-Überzeugungen leben wir *gegen* die Marktwirtschaft: Vielleicht ist hier die tiefste Ursache für den Standortnachteil Deutschlands zu suchen. Diese Sicht des "Sozialen" bleibt konzeptionell dem vormodernen Nullsummenparadigma und seinem normativen Postulat der weitgehenden Gleichheit von Einkommen und Vermögen verhaftet, was mit einer wesentlich auf Differenz gründenden Marktwirtschaft nicht verträglich ist.

Diese Sicht des "Sozialen" hat aber auch unmittelbar politische Konsequenzen. Wenn das Ausmaß der Sittlichkeit vom Ausmaß der sozial motivierten Transfers, vom Ausmaß der Umverteilung, abhängt, muss Ethik permanent mehr Umverteilung mit dem Zielpunkt weitgehender Gleichheit verlangen. Genau dahin ist die Forderung nach "sozialer Gerechtigkeit" verkommen. Es gibt kein ethisches Argument mehr, Umverteilung zu bremsen, auch kein rationales Argument, sondern nur noch das "Argument" der leeren Kassen – und selbst das greift nicht mehr, weil man ja Schulden auf Kosten künftiger Generationen machen kann. Sollte jemand einen Umbau des Sozialstaates mit ökonomischen Argumenten, etwa unter Hinweis auf die Fehlanreize ausufernder Umverteilung, versuchen, wird er der "sozialen Kälte" bezichtigt.

Aus dieser Sackgasse der Argumentation kommt man nur heraus, wenn man das Verständnis des "Sozialen" in der Sozialen Marktwirtschaft neu konzipiert. Hier kann nur die Grundidee entwickelt werden.

Aus einer Sozialpolitik gegen den Markt muss eine *Sozialpolitik für den Markt* werden. Der Sozialpolitik kommt darin die Aufgabe zu, den Markt zu unterstützen, ihn (wieder) funktionsfähig zu machen. Man spricht neuerdings vom "aktivierenden" Sozialstaat. Er soll die Menschen befähigen, (wieder) zu potenten Teilnehmern am Marktgeschehen zu werden – durch bessere Ausbildung, Weiterqualifizierung etc. –, und er soll die Menschen bereit machen, risikofreudiger als ohne soziale Sicherung in Sach- und Humankapital zu investieren. Soziale Sicherung wird als Investition verstanden, die Aussicht auf Rendite eröffnet. Der Sozialstaat wird paradigmatisch als große Versicherung gesehen, und Versicherungen sind, wenn sie klug geschnitten sind, d.h. wenn die Anreizwirkungen von vornherein einkalkuliert werden, ein wichtiger Produktionsfaktor (H.-W. Sinn).

Das ist verständlich nur, wenn man den Blick nicht nur auf die "Schadensfälle" (Arme, Kranke, Arbeitslose) richtet – die verursachen natürlich "Kosten" –, sondern auch und vorrangig auf die "Nicht-Schadensfälle" und deren durch die Versicherung induziertes Verhalten. Dies kann bei einem kollektiven Sicherungssystem risikoreicher und damit ertragreicher sein, als wenn jeder Einzelne für alle denkbaren Risiken allein Vorsorge betreiben müsste. Aus diesem Mehr-Ertrag der Versicherung können dann auch die "Kosten" für die Schadensfälle bestritten werden. Das Resultat: Ein System mit ausgebauter sozialer Sicherung kann insgesamt produktiver sein als ein System ohne eine solche Sicherung; Voraussetzung ist, dass die einzelnen Regelungen klug geschnitten sind und keine systematischen Fehlanreize setzen.

Was ist mit diesem neuen Verständnis des Sozialen erreicht? (1) Die Rede von der "Umverteilung" wird obsolet, weil nicht länger ethisch begründete "Opfer" zugunsten der "Armen" verlangt werden, Opfer, die im Wettbewerb niemand erbringen kann; Sozialpolitik wird im Tauschparadigma gedacht, und beim Tausch haben beide/alle Seiten Vorteile – auch die "Reichen", die "Nettozahler", die Nicht-Schadensfälle. (2) Es kann nicht länger nur von den "Kosten" der Sozialpolitik die Rede sein, die heute als zu hoch beklagt werden, was einen "Abbau" zwingend zu fordern scheint; man muss vielmehr von der "Rendite" einer "Investition" reden und dabei die Nicht-Schadensfälle zugleich – und bevorzugt – in den Blick nehmen. Die Rendite wird zum Beurteilungsmaßstab für die einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen, und die Rendite betrifft die Relation von Kosten und Erträgen – auch wenn diese nicht einfach zu quantifizieren ist. (3) Dieses Kriterium erlaubt es, auf rationale Weise Grenzen der sozialen Sicherung einzuziehen, wenn nämlich die Rendite besonders aufgrund von Fehlanreizen zu gering oder gar negativ wird, d.h. die Allgemeinheit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. (4) Die Rede vom "Abbau" des Sozialstaates, auf die die Diskussion gegenwärtig fixiert ist, wird jetzt kategorial falsch, weil der Sozialstaat nicht länger als Konsum betrachtet wird, den man unter verschärften Wettbewerbsbedingungen einschränken muss, sondern als Investition, wobei die entscheidende Frage ist, welche Art von Investition die beste Rendite bringt. In der Rede vom "Umbau" des Sozialstaats ist solch eine Sicht impliziert, aber nur undeutlich und intuitiv und keineswegs klar und theoretisch belastbar zum Ausdruck gebracht. (5) Schließlich muss jede sozialpolitische Maßnahme oder Reform systematisch auf ihre Anreizwirkungen untersucht werden, was im Paradigma der Sozialpolitik gegen den Markt aus ethischen Gründen nicht selten mit dem Hinweis, Fragen der Ethik etwa im Gesundheits- oder Bildungswesen seien zu wichtig, als dass ökonomische Anreizanalysen angestellt werden dürften, entrüstet zurückgewiesen wird. Die logische Folge für die Politik: Der Sozialstaat geht an zahllosen, vermeintlich ethisch begründeten, Fehlanreizen zugrunde.

b) Freiheit in der Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft wird weit verbreitet mit dem Argument gerechtfertigt, in ihr herrsche Freiheit. Auch dieses Argument ist in dieser einfachen Form problematisch, selbst wenn darin ein richtiges Moment enthalten ist.

Es widerspricht nämlich eklatant der Lebenserfahrung von Millionen Menschen in Deutschland, die auf den Arbeitsmärkten z. B. keine Freiheit erfahren, sondern Druck und Zwang. Es könne sich, so die Kritiker, nur um eine "formale" Freiheit handeln, um die Freiheit der "Reichen", der "Starken", während die große Masse auf der Strecke bleibe. Machen wir die folgende Rechnung auf: Es gibt in Deutschland vier Millionen offizielle, acht Millionen reale Arbeitslose; diese Zahl kann man verdoppeln, wenn man die hinzunimmt, die noch Arbeit haben, aber befürchten, arbeitslos zu werden: 16 Millionen; rechnet man zu diesen nur je ein Familienmitglied hinzu, das von der (drohenden) Arbeitslosigkeit mitbetroffen ist, sind wir bei 32 Millionen Erwachsenen, die auf den Arbeitsmärkten nur Druck und Zwang erfahren und keine Freiheit. Wenn denen dann

gesagt wird, die Marktwirtschaft gewähre jedem Einzelnen Freiheit, muss das in den Ohren dieser Menschen wie Hohn und Zynismus klingen. Diese Verteidigung der Marktwirtschaft ist zu tiefst ungläubwürdig und mitverantwortlich dafür, dass in Umfragen mehr als die Hälfte der Bundesbürger die Marktwirtschaft ablehnen.

Wie steht es um Freiheit und Marktwirtschaft? Zweifellos wollen die Menschen grundlegende Freiheiten - politische und wirtschaftliche, darunter freie Wahl des Konsums, des Arbeitsplatzes, des Arztes usw. Die Marktwirtschaft setzt diese Freiheiten voraus und stärkt sie. Aber viele Menschen wollen bestimmte Freiheiten nicht, nämlich dann, wenn sie von den Kosten dieser Freiheiten in Form der Folgen der Entscheidungen, ihrer eigenen und der anderer, betroffen sind. Dann flüchten sie lieber in ein kollektives Sicherungssystem, das diese Kosten der Allgemeinheit aufbürdet, z.B. in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, im tertiären Bildungsbereich usw. Aber nichts ist in einer Welt der Knappheit kostenlos, auch die Freiheit nicht.

Auf den Markt angewendet bedeutet das: Wir haben auf Märkten immer beides zugleich, Druck, Konkurrenzdruck, und Freiheit. Genauer: Durch den Konkurrenzdruck auf der einen Marktseite erzeugen wir auf der Marktgegenseite die Freiheit der Auswahl. Es ist also durchaus richtig, dass Marktwirtschaft den Akteuren Freiheit gewährt, aber diese *Freiheit wird durch Konkurrenzdruck auf der Marktgegenseite hervorgebracht*. Wer diesen systematischen Zusammenhang unterschlägt und stattdessen simpel und einseitig von der Marktwirtschaft als dem System der Freiheit redet, wird angesichts der Lebenserfahrung von Millionen von Menschen ungläubwürdig und bestätigt die Kritiker nur darin, dass auf Märkten nur die Starken, Leistungsfähigen wirklich frei sind.

Das Argument wird oft durch den Gedanken erweitert, Freiheit fordere und fördere die Eigenverantwortung der Menschen. Zwar wollen die Menschen selbst entscheiden, ob sie nach Spanien oder Griechenland in Urlaub fahren, aber wenn es um Fragen der medizinischen Versorgung, der Kranken- oder Rentenversicherung geht, dann suchen die allermeisten Bürger und ihre Interessenvertretungen den Schutz staatlicher Regelungen, selbst wenn diese in vielerlei Hinsicht ineffizient sind. Der überwiegende Teil der Bevölkerung will in diesen Fragen keine Eigenverantwortung und empfindet daher Privatisierungsvorschläge von Unternehmen der sogenannten "Daseinsvorsorge" als Bedrohung der Solidarität, weil dann "Egoismus" und Gewinnstreben Einzug in die Politik dieser Unternehmen halten würden.

c) Wirtschaftliche und politische Freiheit

Ein anderes Argument zur Verteidigung der Marktwirtschaft beruft sich auf die Parallelität von politischer Freiheit in der Demokratie und wirtschaftlicher Freiheit in der Marktwirtschaft: Beide bedingen einander, die eine setze die andere voraus und umgekehrt.

Auch auf diesem Argument lastet eine schwere Hypothek. Wenn die politische Freiheit in der Demokratie zum Maßstab der wirtschaftlichen Freiheit auf Märkten gemacht wird, akzeptiert man implizit das Postulat der Gleichheit aller. Denn die Stimmen aller Bürger haben, verfassungsrechtlich garantiert, gleiches Gewicht, und wer die Parallelität mit der wirtschaftlichen Freiheit auf Märkten behauptet, muss die (relative) Gleichheit an Kaufkraft und Macht als Forderung akzeptieren, was mit der Marktwirtschaft nicht verträglich ist. Auch dieses Argument ist also kontraproduktiv.

d) Moral in Märkten

Ein weiteres Argument zur Verteidigung der Marktwirtschaft hebt darauf ab, dass Märkte keineswegs so "moralfrei" und "unmoralisch" seien, wie die Theorie unterstelle, dass es auf Märkten vielmehr durchaus auch "moralisches" Verhalten gebe, also insbesondere Fairness, Integrität, den "ehrbaren Kaufmann", Vertrauen und sogenannte Sekundärtugenden wie Fleiß, Dienst am Kunden und dgl. mehr. Daher sei es um die sittliche Qualität der Marktwirtschaft nicht so schlecht bestellt, wie die Kritiker des "moralfreien" oder "unmoralischen" Marktes behaupteten.

Es ist sicher richtig, dass es in Marktprozessen Moral in diesem Sinne "gibt", u.a. weil das Vorhandensein von Moral Transaktionskosten einzusparen vermag, ja, es ist sogar davon auszugehen, dass Märkte eine gewisse Moral und bestimmte Tugenden hervorbringen und prämiieren.

Doch auch dieses Argument ist kontraproduktiv. Wer aus Tugenden im Markt schließt, dass es um die Moral in der Marktwirtschaft so schlecht nicht bestellt sein könne, akzeptiert zunächst einmal implizit, dass der harte Wettbewerb auf Märkten schlimm genug ist und lediglich in Nischen Moral zulasse. Das weitergehende Argument, der Markt lasse sogar bestimmte Tugenden entstehen, vermag zwar die E.-W. Böckenförde zugeschriebene, aber sicher schon bei W. Röpke zu findende These, der Markt verbrauche ständig Moral, die er nicht selbst erzeugen und daher von anderswoher beziehen müsse (Familie, Religion, Staat), zu relativieren. Aber zur ethischen Rechtfertigung der Marktwirtschaft reichen diese Argumente nicht, was sich schon daran zeigt, dass es auch in Kartellen und in der Mafia Fairness, Vertrauen und Verlässlichkeit "gibt". Eine ethisch tragfähige und theoretisch belastbare Rechtfertigung der Marktwirtschaft muss auf die Gedanken der Freiheit und der Solidarität aller Menschen zurückgehen: Nur durch Vorteile aller Menschen können Markt und Wettbewerb ethisch gerechtfertigt werden, nicht jedoch durch "moralisch" genannte Einsprengsel im Verhalten einzelner Akteure. Diese Bezugnahme auf die Vorteile aller als Fundament der ethischen Beurteilung der Marktwirtschaft schließt dann auch Kartelle und die Mafia aus dem Kreis sittlicher Unternehmen aus.

Man kann *zusammenfassen*: Diese – und vielleicht manche andere – Rechtfertigungen der Marktwirtschaft sind theoretisch nicht belastbar. Sie sind kontraproduktiv in dem Sinne, dass sie die Argumente der ethischen Kritiker der Marktwirtschaft durch ihr Argumentationsmuster eher bestärken als entkräften. Man kann gar nicht vorsichtig genug sein bei der Entwicklung einer tragfähigen ethischen Konzeption von Marktwirtschaft.

Dabei stiftet die Soziale Marktwirtschaft eher Verwirrung, insofern ihre Entstehungsgeschichte die Vorstellung nahe legt und verfestigt, Markt und Wettbewerb seien unsittlich und führten notwendiger Weise in soziales Elend, das eine ethische Korrektur benötige. Das ist historisch verständlich, aber die Schlussfolgerung aus ethischen Defiziten empirischer Marktwirtschaften kann nicht lauten: Bändigung des Marktes, des Wettbewerbs, des Vorteilsstrebens; die Schlussfolgerung muss vielmehr lauten: Verbesserung, Entfesselung der Märkte durch Entwicklung und Implementierung einer Rahmenordnung, die die Dynamik des Vorteilsstrebens so kanalisiert, dass alle Menschen in diesen produktiven Prozess einbezogen werden können. Nur so kann eine Welt der Freiheit, des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität aller auf hohem Wohlstandsniveau entstehen.

4. Die Unvollkommenheiten realer Marktwirtschaften

Die realen Marktwirtschaften der westlichen Industrienationen weisen zahlreiche Unvollkommenheiten auf.

Während die Kritiker der Marktwirtschaft daraus den Schluss ziehen, man müsse dem universal gewordenen Markt Fesseln anlegen, ihn bändigen, domestizieren, wird hier daraus der Schluss gezogen, diese Unvollkommenheiten zu beseitigen, den Markt funktionsfähig zu machen und Markt und Wettbewerb sogar auf Bereiche auszudehnen, die – mit unterschiedlichen Gründen – bisher vor dem Marktprozess geschützt sind: Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unternehmen der "Daseinsvorsorge", tertiäre Bildung etc. Dass dies mit simpler "Deregulierung", also allein mit dem Abbau von Regeln, nicht getan ist, sondern neue Regeln erfordert, folgt aus der oben entwickelten These, dass der Wettbewerb die erwünschten Wohlstandswirkungen nur unter einer klug auf die jeweiligen Probleme zugeschnittenen Rahmenordnung erbringt.

Es sollen im Folgenden fünf Unvollkommenheiten realer Marktwirtschaften erörtert werden, um zu zeigen, wie durch diese Unvollkommenheiten die ethische Konzeption der Marktwirtschaft selbst unglaublich zu werden droht.

a) Administrierte Preise

Ein Herzstück der Marktwirtschaft ist das System der Wettbewerbspreise: Es hat die wichtige Informations- und damit Lenkungsfunction.

Nun sind in Deutschland 50 % der Preise keine echten Wettbewerbspreise. Damit ist das im Prinzip so leistungsfähige Informations- und Lenkungssystem über weite Strecken lahmgelegt. Ineffizienzen sind die unausbleibliche Folge.

Meist werden die administrierten Preise mit sozialpolitischen, also i.d.R. moralischen, Erfordernissen gerechtfertigt. Die einfache Lösung, Sozialpolitik und Preissystem zu trennen, wird nicht verfolgt. Dies dürfte einen Grund darin haben, dass Politiker aufgrund ihrer Wiederwahl-Interessen zu populären Eingriffen in Marktprozesse neigen. Auf diese Weise kommt es immer wieder zu Rückfällen in das vormoderne Paradigma des "gerechten Preises", etwa auch in der Diskussion, was denn ein "gerechter Gewinn" sein kann. In der Marktwirtschaft geht es demgegenüber um Wettbewerbspreise bzw. um "marktgerechte" Gewinne. Auch vermeintlich "überhöhte" Preise bzw. Gewinne haben eine wichtige Funktion, nämlich Investitionen in diesen Bereichen anzureizen, um die Knappheiten zu reduzieren, die diese hohen Preise bzw. Gewinne ermöglichen.

Die Devise ist klar: Es muss möglichst flächendeckend ein funktionsfähiger Preiswettbewerb eingeführt werden, alles andere widerspricht den grundlegenden Prinzipien der Marktwirtschaft und macht die Verfechter der Marktwirtschaft unglaublich. Es ist richtig, dass in diese Richtung in Teilbereichen gearbeitet wird (Telefon-, Strom-, Gasmarkt z.B.), aber in anderen Bereichen stößt diese Arbeit auf z.T. massive Widerstände (z.B. Krankenhäuser, Wasserwerke).

b) Subventionen und Protektionismus

Die Glaubwürdigkeit der Protagonisten der Marktwirtschaft wird in besonderer Weise durch Dauersubventionierung bestimmter Wirtschaftszweige und durch Protektionismus unterminiert. Die Leidtragenden sind – neben den Konsumenten in den Industrienationen – besonders die

Entwicklungsländer, denen es verwehrt wird, ihre Vorteile der billigen Arbeitskraft und niedrigen Sozialstandards auf den Märkten zu nutzen, weil die Industrieländer ihre Märkte unter immer neuen Vorwänden abschotten. Die Industrieländer verstoßen damit gegen das grundlegende Prinzip des freien Marktzutritts. Die Folgen sind Persistenz von Armut und Unterentwicklung in den Entwicklungsländern, die dann durch Entwicklungshilfe kompensiert werden sollen, und die Schlechterstellung der Konsumenten in den Industrienationen.

Die Irrationalität dieses Systems ist bekannt. Dass eine nachhaltige Besserung nicht in Sicht ist, jedenfalls nicht auf kurze und mittlere Sicht, untergräbt den Anspruch der Verfechter der Marktwirtschaft auf eine sittliche Qualität dieser Ordnung.

c) Unzureichende Transparenz und Kontrolle

Auch innerhalb der Unternehmen sind gravierende Missstände zu beklagen, wie symptomatisch etwa die Fälle ENRON und WORLDCOM gezeigt haben. Selbst wenn man von eindeutig kriminellen Handlungen einzelner Topmanager absieht, bleibt auf diesem Feld viel zu tun, um die Glaubwürdigkeit der Ethik der Marktwirtschaft wieder herzustellen und zu stärken.

Die Diskussion läuft unter dem Stichwort "Good Governance" und wird auf breiter Front in den Industrienationen geführt. Rechtliche Regeln zu Rechnungslegung, Kontrollsystemen und Publikationspflichten werden im Sinne größerer Transparenz für Anleger und Öffentlichkeit geändert. Aber auch kollektive, halböffentliche Codes of Conduct werden etabliert und dgl. mehr. Schließlich haben wir eine öffentliche Diskussion über Managergehälter, die nachhaltige Wirkung zeigt, auch wenn das eher ein Randthema ist.

Es scheint, dass sich auf diesem Feld in den letzten Jahren manches bewegt, weil gerade hier die Unternehmen viel Vertrauen verloren haben, das sie jetzt zurückzugewinnen versuchen. Die Unternehmen haben erkannt, dass sie in einem feindlichen Klima schlecht gute Geschäfte machen können.

Der eingeschlagene Weg ist richtig, aber es bleibt noch viel zu tun.

d) Das Fehlen einer Weltraumordnung

Markt und Wettbewerb erbringen ihre Leistungen für die Menschen nur unter einer guten Rahmenordnung. Für die entstehende Weltgesellschaft gibt es eine Weltraumordnung aber bestenfalls in Bruchstücken. Daher findet sich in der globalisierten Wirtschaft eine Reihe von Verhaltensweisen, die dem Modell des Hobbes'schen "Krieges aller gegen alle" eher entsprechen als einer Marktwirtschaft, der aufgrund ihrer Ordnung eine sittliche Qualität zugesprochen werden kann.

Diese Verhaltensweisen bilden meist den realen Hintergrund für die Argumente der Globalisierungskritiker von Greenpeace bis Attac und werden als "Neoliberalismus", "Turbo- oder Raubtierkapitalismus" gebrandmarkt, wogegen moralischer Widerstand geboten sei.

Die Beschreibung solcher Verhaltensweisen und der Folgen für die betroffenen Menschen wird man vielleicht im Einzelfall, aber wohl kaum generell zurückweisen können. Die Theorie der Marktwirtschaft bestätigt sogar, dass Wettbewerb ohne ausreichende Rahmenordnung, mit T. Hobbes gesprochen: Wettbewerb ohne Recht und Moral, modelltheoretisch zu einem Zustand führen muss, in dem "the life of man solitary, poore, nasty, brutish, and short" ist.

Strittig aber ist die Therapie dieses ökonomisch und moralisch beklagenswerten Zustands. Die Globalisierungsskeptiker und -kritiker verlangen eine "Bändigung" des "Neoliberalismus", worunter sie einen Schutz weiter Bereiche vor dem Weltmarkt und dem Wettbewerb verstehen. Bis in die großen Volksparteien in Deutschland reicht diese Vorstellung, womit die alten moralischen Vorbehalte gegen Markt und Wettbewerb wieder zum Vorschein kommen.

Verfechter der Marktwirtschaft sollten hier anerkennen, dass jede Rahmenordnung Handlungsoptionen der Betroffenen einschränkt, so z.B. Raub, Erpressung, Vertragsbruch, Diebstahl, Betrug, Umweltverschmutzung etc. Insofern ist die Intuition, der ohne ausreichende Rahmenordnung agierende Kapitalismus sei zu "bändigen", nicht ganz falsch. Aber dies ist nur die eine Seite der Medaille. Man muss auch die andere Seite betrachten, und dann muss man den von den Kritikern geforderten Schutz vor Markt und Wettbewerb entschieden ablehnen.

Denn die Beschränkung bestimmter Handlungsoptionen dient dazu, neue, höher geschätzte Interaktionsoptionen zu eröffnen. Wer sich alle Optionen offen hält, z.B. auch die Option, seine Rechnungen nicht zu bezahlen, wird bald keine Interaktionspartner mehr finden, er kann nicht einmal sein Auto reparieren lassen. Durch Stilllegung bestimmter Handlungsoptionen durch eine Rahmenordnung kommen Interaktionen erst zustande, die via Arbeitsteilung die besonderen Fähigkeiten anderer zu nutzen erlauben. Nur durch – meist rechtlich gesicherten – Verzicht auf bestimmte Handlungsoptionen entsteht jene Verlässlichkeit wechselseitiger Verhaltenserwartungen, ohne die eine Gesellschaft keinen Wohlstand im umfassenden Sinn von A. Smith erlangen kann.

Wer beide Seiten der Medaille sieht, kommt daher gegen die Globalisierungskritiker zu dem Schluss, dass eine tragfähige, Markt und Wettbewerb produktiv machende, Rahmenordnung für die Weltgesellschaft zu entwickeln, absolut vorrangig zu sein hat. An einer solchen Ordnung hängt nicht nur die Effizienz, sondern auch die sittliche Qualität der Marktwirtschaft. Der Grundgedanke lautet: Handlungsbegrenzungen dienen der Erweiterung, Entfesselung der Märkte – zum Vorteil der Marktteilnehmer und der Allgemeinheit.

e) Die Rolle der Unternehmen bei der Entwicklung der Weltraahmenordnung

Die Entwicklung der Weltraahmenordnung wurde bislang vor allem von den Staaten, vom politischen System, vorangetrieben. Aber die Nationalstaaten verlieren an Steuerungskapazität, und zugleich treten andere Spieler in dieses Vakuum ein, insbesondere die Non-Governmental-Organisations und die multinationalen Unternehmen. Damit wird die ethische Einschätzung einer globalen Marktwirtschaft wesentlich auch von dem Beitrag der Unternehmen zur Entwicklung einer Weltraahmenordnung bestimmt. Sie werden mitverantwortlich gemacht, ob sie das wollen oder nicht.

Im Vergleich zu den beiden anderen Spielern, den Governments und den NGOs, verfügen Unternehmen über zwei Faktoren, über die die anderen Spieler nicht verfügen: Kapital und Know How für die effiziente Organisation von komplexen Interaktionsprozessen. Ohne diese beiden Faktoren werden die Entwicklungsländer kaum in die Weltgesellschaft integriert werden können. Da Unternehmen unter Wettbewerbsbedingungen nun aber keine "Opfer" bringen können, muss

man nach den Anreizen fragen, die Unternehmen haben könnten, sich aktiv in die Entwicklung einer Weltraumordnung einzubringen, und man muss die Gründe identifizieren, die sie bislang gegenüber dieser neuen Aufgabe so zurückhaltend sein lassen.

Unternehmen können keine "Opfer" bringen. Aber sie können investieren – in Sach- und Humankapital, in Unternehmenskultur und in eine soziale Ordnung, die die Voraussetzung für die nachhaltige Erzielung von marktgerechten Renditen darstellt. Unternehmen haben insofern durchaus einen Anreiz, in diese Ordnung zu investieren, als sie Gewinne verheißt – und zwar jetzt zu investieren, da heute die Weltmärkte erschlossen werden und man später viel höhere Ressourcen aufwenden muss, um auf bereits besetzten Märkten Fuß zu fassen. Eine solche langfristige Unternehmenspolitik kann auch von den Shareholdern akzeptiert werden, schon allein deswegen, weil sie sich bereits heute in guten Börsenkursen niederschlägt. Grundsätzlich kann es also für Unternehmen Anreize geben, sich an der Entwicklung einer Weltraumordnung aktiv zu beteiligen, und manche Unternehmen tun das bereits.

Aber es gibt durchaus Gründe, die die Unternehmen bislang daran gehindert haben, offensiv und öffentlich diese neue Aufgabe anzupacken und auf diese Weise ihrer Verantwortung für die Weltordnung, ihrer "Ordnungsverantwortung", gerecht zu werden. Die Gründe sind sicher vielfältig: So ist ordnungspolitisches Engagement für Unternehmen ungewohnt, und den Managern fehlt die entsprechende akademische Ausbildung, mit diesen Problemen umzugehen, u.a.m. Diese Gründe einmal beiseite gelassen, soll hier auf zwei weitere Gründe aufmerksam gemacht werden, die zentral die sittliche Qualität solcher Wahrnehmung einer "Ordnungsverantwortung" betreffen.

Wenn (1) in der aus der Vormoderne überkommenen Ethik das Gewinnstreben moralisch diskreditiert wird, dann werden die Akteure, die durch Gewinnstreben konstituiert sind, die Unternehmen nämlich, allein von dieser kategorialen Sicht her zu Gegnern, zu Feinden von Moral und Sittlichkeit abgestempelt, die man "bändigen" und denen man das Handwerk legen muss. Dagegen setzen sich die Unternehmen verständlicherweise zur Wehr, kommen aber aus dieser Rolle als Feinde von Moral und Solidarität solange nicht heraus, wie es ihnen nicht gelingt, das Gewinnstreben – unter einer geeigneten Rahmenordnung sc. – als sittlich und als sittliche Verpflichtung zu begründen.

Ohne eine belastbare ethische Theorie, die auf die Bedingungen der modernen Welt zugeschnitten ist, kommen die Unternehmen aus der Defensive nicht heraus. Mehr noch: Wenn sie dennoch ihre Ordnungsverantwortung wahrnehmen, dann tun sie dies oft im Verborgenen, in kleinen Zirkeln, und bestätigen den Verdacht der Kritiker, es handele sich hier um moralisch verwerflichen Lobbyismus.

Damit hängt (2) der Vorwurf zusammen, den Unternehmen fehle es für die Gestaltung der Ordnung an "demokratischer Legitimation". Besonders pikant ist es, wenn dieser Vorwurf von NGOs erhoben wird, die ebenfalls nicht durch demokratische Wahlen legitimiert sind. Auch dieser Vorwurf drängt die Unternehmen wieder in die Defensive, solange nicht ein offensives Konzept von Demokratie überzeugend der Öffentlichkeit vermittelt werden kann.

Die Entwicklung der Ordnung für die entstehende Weltgesellschaft ist eine so gewaltige Aufgabe, dass alle Kräfte gebraucht werden, die dazu etwas beizutragen haben, also auch die NGOs und die Unternehmen. Einzige Bedingung ist, dass diese Beteiligung in der Öffentlichkeit, also nachvollziehbar, nachprüfbar und transparent erfolgt. Wenn Unternehmen sich in dieser Weise ihrer Ordnungsverantwortung stellen, kann auch der Vorwurf des Lobbyismus nicht mehr erhoben werden, denn zum Lobbyismus gehört als Definitionsmerkmal die Intransparenz der Einflussnahme. Durch Transparenz der Beteiligung an Ordnungsdiskussionen engagieren sich

Unternehmen für öffentliche Angelegenheiten und tragen so als "Good Corporate Citizens" zur Versittlichung der Marktwirtschaft auf der Ebene der Weltgesellschaft bei. Sie tun dies nicht aufgrund einer moralischen Verpflichtung, sondern bereits aufgrund ihrer langfristigen Eigeninteressen.

Generell gilt: Die Armut in vielen Ländern der Welt kann ohne oder gar gegen die Unternehmen nicht überwunden werden. Die Unternehmen müssen als Partner im Kampf für eine bessere Welt gewonnen werden. Solange wir unsere Vorstellungen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie in einem Kategoriensystem auslegen, das aus der vormodernen Nullsummengesellschaft stammt und Gewinnstreben als unsittlich einstuft, werden wir die Unternehmen nicht als Partner gewinnen und die moralischen Blockaden für Markt und Wettbewerb nicht überwinden können.

Man kann *zusammenfassen*: Die Defekte der realen Marktwirtschaften der westlichen Industrienationen stellen das wichtigste Argument der Kritiker dar. Sie machen die Konzeption der Marktwirtschaft unglaubwürdig. Eine politische Überwindung ist aber nur auf der Grundlage einer belastbaren Theorie möglich.

Schlussbemerkung

Das Handeln der Menschen wird von zwei Faktoren bestimmt: von ihren *Interessen* und von ihrem *Wissen*, also von ihren Vorteilerwartungen und von ihren Vorstellungen darüber, wie die Welt funktioniert und wie sie funktionieren sollte. Diese beiden Arten von Bestimmungsgründen sind untereinander *interdependent*. Daher geht es darum, nicht nur auf die *ökonomischen Interessen* der Bürger einzugehen, sondern auch auf ihre *normativen Erwartungen*.

Wenn man moralische Blockaden der Marktwirtschaft vermeiden oder überwinden will, kommt man nicht daran vorbei, ethische Diskurse öffentlich zu führen, also die Menschen bei ihren normativen Intuitionen abzuholen und ihnen zu zeigen, dass und wie ihre normativen Prinzipien unter den grundlegend veränderten Bedingungen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft realisiert werden können. Dies ist umso dringlicher, als selbst die Verteidiger der Marktwirtschaft Argumente benutzen, die kontraproduktiv sind, also ihrer eigenen Absicht zuwiderlaufen.

Die grundlegende Einsicht besteht darin, dass sich Moral allgemein und auch die abendländisch-christliche Freiheits- und Solidaritätsmoral *nicht gegen die ökonomische Logik realisieren lässt, sondern nur in dieser und durch sie*: "Eine Moral, die die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral." (Joseph Kardinal Ratzinger, 1986).